

Israels Ex-Premier in Bonn

Peres zweifelt nicht am Sieg des Friedens

Schimon Peres, obwohl nur noch Israels Ex-Premier, kam nach Bonn, und alle nahmen sich Zeit, um ihm zuzuhören – von Helmut Kohl über dessen Finanzchef Theo Waigel bis hin zum Entwicklungsminister Carl-Dieter Spranger. Die Frage aller Fragen: Wie, wenn überhaupt, geht es weiter mit dem Friedensprozeß? Peres' optimistische Antwort: „Der Frieden ist mächtiger als die Regierungen“, was wohl heißt: Er wird sich auch gegen seinen ungeliebten Nachfolger Benjamin Netanjahu durchsetzen.

Ein Palästinenserstaat

Nur wie – wenn selbst US-Außenministerin Albright nur wenig erreicht hat? Da antwortet Peres mit einem seiner beliebten Wortspiele: „*neither breakthrough*

nor breakdown“ – es war „weder ein Durchbruch noch ein Zusammenbruch“. Man habe nur zuviel von ihr erwartet. Doch hätten Netanjahu und Arafat keine andere Wahl – es sei denn, sie wollten eine katastrophenhafte Zuspitzung: mit Terror hier und gewaltsamen israelischen Reaktionen dort. Aber zum „Durchbruch“ sei eine andere Koalition vonnöten, mit seinen Sozialdemokraten, aber ohne die extremistischen Parteien. Im nächsten Frühjahr werde es soweit sein. „100 Prozent Frieden erfordert 100 Prozent Freiheit für die Palästinenser“ – also einen eigenen Staat. Netanjahu sei übrigens jetzt schon bereit, 50 Prozent des Landes aufzugeben. Arafat will 91 Prozent. Über die Differenz – 1600 Quadratkilometer – könne man sich sehr wohl einigen.

Die Wirtschaft als Schlüssel

Für den Ex-Marxisten Peres ist die Wirtschaft der Schlüssel für alles. „Den Fanatismus kann man nicht mit Gewehren, sondern nur mit Bildung und Entwicklung bekämpfen.“ Ob nicht Wirtschaftskooperation Friedfertigkeit voraussetze, anstatt sie zu zeugen? Davon will Peres nichts wissen. Er schwärmt von Bewässerungs-, Bildungs- und Infrastrukturprojekten über die Grenzen hinweg. Er will die „Arbeit zu den Palästinensern“ bringen statt „Palästinenser zur Arbeit“ nach Israel. Das würde das „Gesicht des Nahen Ostens“ verändern. Welcher Unternehmer aber in Gaza, in „ Hamas-Land“, investieren würde, das weiß auch Peres nicht.

Josef Joffe